

Nullens neueingeführte Geldstrafe (bis 5 Mark im Monat pro Kopf) wirkt vielfach drückender, als das alte System. Dem Arbeiterausschuss sind nur solche *Befugnisse* gegeben, die das *Herren im Hause*-System gar nicht beschränken. Positive Anträge der Belegschaften hierzu sind alle abgelehnt worden. So gut wie sicher ist, dass auf vielen Ruhrzechen nur den Streikbrechern das passive und aktive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen gewährt wird; fest steht es für 27 Zechen mit zirka 36 000 Arbeitern.

STATT ein zeitgemäßes Bergarbeiterrecht zu konstituieren, hat also die Novelle der kapitalistischen Despotie neue Stützen verliehen. Darum nur die erneut auftretende verstärkte Erregung der Belegschaften. Schon ist es in Schlesien wegen der Arbeitsordnung zu Arbeitseinstellungen gekommen; in Mitteldeutschland sammelt sich das bergarbeitende Volk zum Ansturm gegen das Herrenbergrecht. Die Ruhrbergleute haben am 18. November eine gemeinsame Revierkonferenz zwecks Demonstration gegen das Herrenbergrecht abgehalten, die keinen Zweifel über die kritische Situation im Bergbau zurückliess. Kompliziert wird die Bewegung noch durch die Lebensmittelverteuerung, der keine Lohnerhöhung die Wage hält.

DAS formelle Recht ist durch die Grubenherren in allen entscheidenden Punkten nicht verletzt; das muss im Interesse der absolut nötigen Berggesetzreform bekannt werden. Der Landtag hat für das Unternehmertum gearbeitet, dieses nutzt nun auch die schwammigen Gesetzesparagrafen weidlich aus. Was geschehen und noch kommen wird, haben nur die Gesetzesverpfuscher im Landtage auf dem Gewissen. Dies nachdrücklichst hervorheben, heisst auch den Weg zeigen, der aus der hochkritischen Sackgasse führt. Wer Ruhe haben will im Bergbaurevier, muss ehrlich und energisch für die Schaffung eines modernen Bergarbeiterrechtes eintreten. Es muss endlich einmal aufgeräumt werden mit dem System der Arbeiterbevormundung, die hinübergeschleppt worden ist in das XX. Jahrhundert, obwohl alle technischen und sozialen Vorbedingungen für die *patriarchalische* Behandlung des Bergarbeiters als industriellen Untertanen beseitigt sind durch das rein geschäftlich operierende Unternehmertum. Ihm sind alle Vorrechte zu teil geworden, dem Bergmann sind sie genommen. Er aber fordert keine Vorrechte, sondern nur Anerkennung seiner Menschenwürde, zwingendes Mitbestimmungsrecht, wo es sich um sein Leben und seine gesellschaftliche Existenz handelt. Der Reichstag muss schleunigst den Grubenproletariern geben, was der Landtag den Entrechteten verweigert hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS BRUHNS · WAHLSTATISTIK UND WAHL- BETEILIGUNG IN PREUSSEN



DOR kurzem ist endlich — fast zwei Jahre nach den letzten allgemeinen Wahlen zum preussischen Landtage — die amtliche statistische Bearbeitung der Ergebnisse dieser Wahl veröffentlicht worden. Die umfangreiche Arbeit des Herrn Oberregierungsrats Evert ist in ihren für uns wesentlichen Punkten in der Parteipresse schon besprochen worden, so dass hier von einer Wiederholung abgesehen werden kann.

Die amtliche Statistik ist allerdings eine Musterleistung des Bürokratenzopfes und stellt einer Würdigung der Wahlergebnisse vom politischen Standpunkt aus sehr grosse Hindernisse entgegen. Auf die nächstliegende Frage nach den Wahlergebnissen in den einzelnen Wahlkreisen gibt die Statistik gar keine direkte Antwort, da sie die Wahlergebnisse lediglich nach Verwaltungsbezirken (Stadt- und Landkreisen in buntem Durcheinander) zusammenstellt und es Neugierigen überlässt, sich die entscheidenden Wahlkreisresultate selbst mühsam zu suchen und zusammenzurechnen. Viel schlimmer noch ist, dass auch die Fragen nach der Steuerleistung in Beziehung zum Wahlrecht nicht für die einzelnen Wahlkreise und ihre Urwahlbezirke, ja nicht einmal für die Stadt- und Landkreise beantwortet werden, sondern nur für ganze Regierungsbezirke. Damit ist diese statistische Arbeit für die uns besonders wichtige Frage nach den Steuerleistungen der Urwähler im Wahlkreise und ihrer dadurch bedingten Verteilung auf die Urwahlbezirke im Wahlkreise völlig wertlos geworden.

NICHT einmal die Verteilung der Stimmen und der Wahlmänner auf die einzelnen Parteien gibt ein klares Bild von der wirklichen Stärke dieser Parteien. In der Statistik sind nicht weniger als 113 177, das heisst 6,77 % der Urwähler mit *unbekannter* und 74820, das heisst 4,48 % der Urwähler mit *sonstiger Parteirichtung* bezeichnet. Ganz sicher stecken in diesen nach Angaben der Wahlvorsteher rubrizierten mehr als 190 000 Urwählern noch viele Tausende von Sozialdemokraten. Die Zahl der in der Statistik angegebenen 314 119 sozialdemokratischen Urwähler wird sich danach noch um einige Zehntausend erhöhen und die der konservativen, als der stärksten Partei, mit 324 157 Urwählern noch übertreffen, vielleicht sogar noch die Freikonservativen mit 60 000 Urwählern eingeschlossen. Die sozialdemokratische Partei wäre dann auch bei den preussischen Landtagswahlen schon nach dem ersten ernsthaften Versuch zur stärksten Partei geworden, trotz öffentlicher Abstimmung und trotz noch ganz unvollständiger Beteiligung. Haben sich von der Beteiligung von den insgesamt 256 Wahlkreisen doch noch 134, weit mehr als die Hälfte, ganz ferngehalten, während von intensiver Beteiligung überhaupt nur in wenigen Kreisen gesprochen werden kann.

DIE stärkste Partei an Zahl der Wähler — und nicht ein einziges Mandat gewonnen! Der preussische Beamte, der diese Landtagswahlstatistik bearbeitet, gibt sich alle Mühe, der Welt die Trefflichkeit des Dreiklassenwahlsystems zu beweisen. Von plutokratischer Vorherrschaft kann nach ihm nicht die Rede sein. So beweist er mit allerlei geschickten Zahlengruppierungen, dass die zweite Abteilung in den Städten ganz überwiegend vom gewöhnlichen Mittelstand beherrscht wird, und dass auch die erste Abteilung in der Mehrheit der Urwahlbezirke noch bei Steuerleistungen zugänglich ist, wie sie von den Mitgliedern des *besseren* Mittelstandes aufgebracht zu werden pflegen. Und er setzt hinzu: »Sehr viel *demokratischer* noch ist aber die Verteilung auf dem Lande«, wobei ich bemerke, dass das Wort *demokratischer* vom Herrn Oberregierungsrat in Gänsefüsschen gesetzt ist. Dass bei 4139 von insgesamt 27 182 Urwahlbezirken, also mehr als dem siebenten Teil, die erste oder zweite Abteilung nur von einem oder zwei Wählern gebildet wird, geniert den Statistiker nicht weiter. Und kein Wort hat er für die Tatsache, dass die nach ihm zweitstärkste, in Wahrheit stärkste Partei unter diesem trefflichen, gerechten Wahl-

system nicht ein einziges Mandat erringen konnte, während die kaum gleich starken beiden konservativen Parteien nicht weniger als 203 Mandate *eroberten*. AUCH der fanatischste Anhänger des Grundsatzes, dass das Wahlrecht nach der Steuerleistung bemessen werden müsse, kann mit dem preussischen *Wahlrecht* nichts anfangen, sieht seinen Grundsatz vielmehr durch dies plutokratische Wahlsystem unheilbar kompromittiert. Was will der Umstand, dass die Durchschnittssteuerleistung eines Urwählers vom Lande 38,72, die des städtischen Urwählers dagegen 101,34 Mark beträgt, bedeuten neben der von der selben amtlichen Statistik mitgeteilten grotesken Tatsache, dass, während in einem schlesischen Urwahlbezirk der erste Urwähler dritter Abteilung über 30 000 Mark Steuern zahlt, in einem ostpreussischen ländlichen Urwahlbezirk der oberste Urwähler erster Abteilung 20 Mark Steuern entrichtet, in sechs anderen Bezirken Urwähler schon mit einer Steuerleistung von 10 Mark in die erste Abteilung gelangten! Und dazu all die anderen *Schönheiten* dieses Wahlsystems, so die, dass in Berlin III auf 89796 Urwähler, in Sigmaringen auf 6491 Urwähler ein Abgeordneter entfällt.

IM Grunde sind das alles, trotz einiger neuer Ziffern, ja *alle Kamellen* für uns. Wir kennen die schreiende Ungerechtigkeit, den unglaublichen Blödsinn dieses Wahlsystems längst. Einigen parteigenössischen Gegnern unserer Wahlbeteiligung muss aber die erneute Konstatierung jener längst bekannten Tatsachen zu erneutem Anlass dienen, um die völlige Aussichtslosigkeit unserer Wahlbeteiligung nachzuweisen. Ganz unzweifelhaft soll danach die amtliche Statistik erweisen, dass wir unter diesem Wahlsystem niemals aus eigener Kraft ein Mandat erringen können. Sei das aber nicht möglich, dann sei damit auch die völlige Nutzlosigkeit unserer Wahlbeteiligung erwiesen, ja ihre Schädlichkeit insofern, als wir Arbeit und Geldmittel auf eine wertlose Sache verwenden, die für nützliche Dinge verwendet werden könnten.

GEWISS schlage ich den Wert einiger sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtage recht hoch an, aber ich glaube, wir dürfen die Bedeutung unserer Wahlbeteiligung auch nicht ausschliesslich unter diesem Gesichtspunkte beurteilen. Doch beschäftigen wir uns zunächst mit der Frage, ob es denn nun wirklich nach den Ergebnissen der letzten Landtagswahl ganz unerschütterlich feststeht, dass wir niemals aus eigener Kraft Mandate erobern können. Ganz haarscharf ist das in der Parteipresse auf Grund amtlicher Zahlen ausgerechnet worden, und gegen die rechnermässige Richtigkeit dieser Berechnungen ist an sich nichts einzuwenden. Aber man gewinnt schon einiges Misstrauen gegen die Beweiskraft dieser Zahlen, wenn man sich erinnert, dass von den Gegnern der Wahlbeteiligung in Sachsen genau so unwiderleglich ausgerechnet wurde, dass wir auch dort niemals Mandate aus eigener Kraft erringen würden. Allen Rechenkünsten zum Trotz schwimmt aber jetzt der erste sozialdemokratische Hecht wieder im sächsischen Karpfenteich, und niemand zweifelt noch daran, dass diesem ersten noch einige andere folgen werden.

JA, muss das aber nun auch für den preussischen Landtag zutreffen? Man wird das nicht ohne weiteres zu behaupten wagen. Aber man sollte auch das Gegenteil nicht mit so unerschütterlicher Sicherheit vortragen, wie das zum Beispiel Genosse Marckwald in der *Neuen Zeit* tut. Mit dem Nachweis, dass in einem Wahlkreis etwa 7 %, im anderen 30 %, im Durchschnitt etwa 15 % der

Wähler die ersten beiden Abteilungen beherrschen, immer also eine Minderheit von *Reichen* die in der dritten Abteilung befindliche Mehrheit der Armen majorisieren wird, kann man die Sache doch noch nicht machen. Bei der Entscheidung dieser Frage kommen die besonderen Verhältnisse einzelner Wahlkreise in Betracht, über welche die amtliche Statistik eben gar nichts bringt. Würde sie darüber das Nötige enthalten, dann dürfte Genosse Marckwald von dem Unterfangen, »die Erwartungen hoffnungsfreudiger Parteigenossen mit mathematischer Genauigkeit widerlegen« zu wollen, doch wohl absehen müssen. Es gibt in Preussen gewiss Wahlkreise, die in ihren eigenartigen Verhältnissen dem Versuche, sie mit der Elle der beliebten Durchschnittsziffern zu messen entschieden widerstehen. Zu solchen Kreisen rechne ich zum Beispiel in Schlesien den Landtagswahlkreis Reichenbach-Waldenburg, der sich zusammensetzt aus den beiden sozialdemokratisch vertretenen Reichstagswahlkreisen Waldenburg und Reichenbach-Neurode, mit Ausschluss des ländlichen Kreises Neurode, in welchem das Zentrum dominiert. Ein Weber- und Bergarbeiterwahlkreis, dessen dritte Wählerklasse uns unbedingt gehört, während die zweite Klasse zum kleineren Teil von Beamten, zum grösseren von besser gestellten Arbeitern und den von der Arbeiterbevölkerung ganz abhängigen Geschäftsleuten gebildet wird. Wird dieser Kreis nicht, wie ähnliche Kreise in Sachsen, allen scharfsinnigen Berechnungen spottend, eines Tages, wenn die jetzt noch vielfach bestehende Scheu vor der öffentlichen Abstimmung ganz geschwunden ist — eine Frage der politischen Erziehung — drei sozialdemokratische Abgeordnete in den preussischen Landtag senden? Und gibt es solcher Kreise nicht noch mehr in Preussen? Nur ein Wahlkreis kann in seinen besonderen Verhältnissen vom Genossen Marckwald gewürdigt werden: der dritte Berliner Landtagswahlkreis, der schon im ersten Ansturm eine nicht sehr weit von der Mehrheit entfernte sozialdemokratische Wahlmännerschar zusammenbrachte, und von dem sehr gute Kenner des preussischen Wahlrechts sowohl, wie der speziellen Berliner Verhältnisse glauben, dass er bei einer Wiederholung der Wahl unter nicht noch verschlechterten Verhältnissen unseren Sieg ergeben würde. Marckwald hält das für ganz unmöglich, da, wenn wir die Steuerleistung von 36 Mark in der zweiten Abteilung als oberste Grenze für die Möglichkeit ansehen, dass proletarische Wähler die kleinbürgerlichen und begüterten an Zahl übertreffen, wir niemals die Mehrheit gewinnen werden. Ich glaube dagegen, dass auch hier die rein mechanische Berechnung durch die tatsächlichen Verhältnisse, vor allem durch die politische Entwicklung als falsch erwiesen werden wird. Ganz abgesehen davon, dass jene oberste Grenze von 36 Mark Steuerleistung für Berliner Verhältnisse zu niedrig gegriffen scheint, zeigt doch gerade in Berlin die Entwicklung, dass immer grössere Schichten des sogenannten *Mittelstandes* den Anschluss an die Sozialdemokratie bewirken. Das hat soeben wieder der Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen bewiesen. Ich will hier auch wieder hinweisen auf die interessanten, in dieser Zeitschrift schon gewürdigten Untersuchungen Dr. Blanks über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Reichstagswählerschaft, wonach mindestens 40 % der sozialdemokratischen Reichstagswähler Berlins Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte sind. Viele dieser Wähler werden niemals öffentlich für die Sozialdemokratie stimmen, sicher aber wird die Zahl der Wähler dieser Schichten in den Grosstädten immer grösser.

